



KOK NEWSLETTER 03 // 10

INHALT

BERLIN, 20.12.2010

Kurzmitteilungen

- A. Neuigkeiten** _____ 1-4
- B. Veröffentlichungen des KOK** _____ 4-6
- C. KOK-interne Veranstaltungen** _____ 6-7
- D. Veranstaltungen** _____ 7-9
- E. Gesetzliche Neuerungen** _____ 9-10
- F. Informationsmaterial und Publikationen** _____ 10-11

Rubrik Wissen

A. NEUIGKEITEN

+++ 191. Innenministerkonferenz in Hamburg

Am 19.11.2010 tagte in Hamburg die **191. Innenministerkonferenz (IMK)**. Die IMK ist ein Gremium der freiwilligen Zusammenarbeit der Länder auf dem Gebiet der Innenpolitik. Der Bundesinnenminister nimmt als Gast teil und hat ein Rede- und Antragsrecht, aber kein Stimmrecht für die Beschlussfassung. Die IMK findet turnusmäßig zweimal im Jahr statt, Gastgeber ist jeweils das Land, das den Vorsitz inne hat. Zur aktuellen IMK im November hatte Heino Vahldieck aus Hamburg von der CDU den Vorsitz inne. Regelmäßige Themen der IMK sind: Innere Sicherheit, Ausländer- und Asylrecht, Katastrophenschutz, kommunale Angelegenheiten und Fragen des Verfassungsschutzes. Die IMK fasst Beschlüsse, die öffentlich sind, sobald nicht ein Land oder der Bund der Veröffentlichung widerspricht. Da die Beschlüsse einstimmig gefasst werden, ist die tatsächliche Umsetzung in den Bundesländern in der Regel gewährleistet. Die Sammlung der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse ist [hier](#) einzusehen. Ein für die Arbeit des KOK relevanter Beschluss war die Nummer 12 mit dem Titel: [„Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes auf die Bekämpfung des Menschenhandels“](#). Hierbei geht es um Regulierungsbedarfe im Zusammenhang mit der Prostitutionsausübung zur Bekämpfung des Menschenhandels und der Zwangsprostitution. Wir werden daraus resultierende Konsequenzen weiter verfolgen.

+++ Projekt „Rights Work“ ist online

Das **Gemeinschaftsprojekt des KOK e.V. und der University of Washington College of Law**, vertreten und entwickelt von Bärbel Uhl und Ann Jordan, soll eine internationale Plattform für kritische Debatten und unabhängige Forschung zu den Themenbereichen Menschenhandel und Zwangsarbeit bieten. Die gemeinsame [Website](#) wurde am 23.11.2010 online gestellt. Sie lädt Interessierte ein, sich in verschiedenen Bereichen auszutauschen: es werden neueste Forschungen und Artikel vorgestellt, die sowohl Ergebnisse der Rights Work Forschung beinhalten als auch externe Forschungen. Ein monatlich wechselnder Debattenbeitrag ermöglicht einen kritischen Austausch innerhalb der internationalen anti-trafficking community. Zusätzlich werden den NutzerInnen Literatur, Filme, Dokumentationen und aktuelle Berichte vorgestellt, die sich den Themen Menschenhandel und Zwangsarbeit widmen. Rights Work Initiative freut sich über einen regen Austausch mit allen Interessierten! Der KOK wünscht Rights Work einen guten Start und freut sich auf interessante Diskussionen und Beiträge auf der Internetseite!

+++ Diskussionspapier zur Finanzierung von Frauenhäusern veröffentlicht

Frauenhäuser haben eine entscheidende Funktion im Kampf gegen Gewalt an Frauen und Kindern, denn sie sind „häufig die einzige Anlaufstelle für Frauen und Kinder, die von ihrem Partner oder anderen nahen Angehörigen misshandelt werden“ (Bundesfrauensprecherin Sozialverband Deutschland e.V.) Eine **gesicherte Finanzierung von Frauenhäusern muss folglich gewährleistet werden**, um Betroffenen unbürokratisch Schutz zukommen zu lassen. Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (DV) hat nun ein **Diskussionspapier zur Finanzierung von Frauenhäusern** veröffentlicht. In diesem Diskussionspapier wird festgestellt, „dass es bis heute nicht gelungen ist, eine einheitliche finanzielle Absicherung des Hilfesystems für misshandelte Frauen und ihre Kinder zu schaffen“. Der Deutsche Verein spricht sich dafür aus, „zur Sicherstellung eines gleichwertigen und niedrigschwelligen Zugangs für alle Betroffenen, [...] ein verlässliches und lückenloses Hilfesystem für sofortigen Schutz, Beratung, Unterstützung und Unterkunft für gewaltbetroffene Frauen und Kinder zu schaffen“. Das [Diskussionspapier](#) des DV steht im Internet zur Verfügung. Die Frauenhauskoordinierung e.V. (FHK) fordert darüber hinaus in einer [Stellungnahme](#) einen gesetzlichen Rechtsanspruch auf

Schutz und Unterstützung von betroffenen Frauen und Kindern, da bei der derzeitigen Finanzierung durch Länder und Kommunen der Zugang zu Schutz und Hilfe nicht für alle von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder gesichert sei. Zu diesem Rechtsanspruch auf sofortigen Schutz und Hilfe bei Gewalt müsse unter anderem eine geschützte Unterkunft, Beratung und Unterstützung gehören und unabhängig von Einkommen, Aufenthaltstitel, Herkunftsort, gesundheitlicher Einschränkung oder Behinderung der betroffenen Frauen und deren Kindern gewährleistet werden. Der KOK begrüßt die Initiative des DV und der FHK und unterstützt ihre Forderungen.

+++ Gewerkschaftliche Anlaufstelle für MigrantInnen in Frankfurt eröffnet

Am 2. September wurde die **Gewerkschaftliche Anlaufstelle für MigrantInnen in prekären Arbeitsverhältnissen mit und ohne Papiere** „MigrAr Frankfurt/Rhein-Main“ im Gewerkschaftshaus Frankfurt a.M. (Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77) **eröffnet**. Das Motto, unter welchem das Projekt MigrAr-Ffm läuft, lautet „Du hast Rechte – auch ohne Papiere“. Derartige gewerkschaftliche Anlaufstellen gibt es bereits u.a. in Hamburg und Berlin. Anders als die Organisationen in anderen Städten ist MigrAr-Ffm jedoch nicht rein gewerkschaftlich, sondern ein Kooperationsprojekt zwischen gewerkschaftlichen und antirassistischen Gruppen. Wir begrüßen die Einrichtung der gewerkschaftlichen Anlaufstelle in Frankfurt und wünschen gutes Gelingen für die Arbeit! Der KOK hatte im Rahmen seiner Arbeit bereits Kontakte und einen Austausch zum Thema Menschenhandel zu den gewerkschaftlichen Anlaufstellen in anderen Städten und steht für MigrAr Frankfurt als Austauschpartner gern zur Verfügung.

+++ Auftaktveranstaltung des Modellprojektes P.I.N.K zur Unterstützung des Ausstiegs aus der Prostitution

In Freiburg fand am **22. Oktober** ein Fachtag und die **offizielle Auftaktveranstaltung des neuen Modellprojekts zur Unterstützung des Ausstiegs aus der Prostitution** „[P.I.N.K. Prostitution – Integration – Neustart – Know-how](#)“ statt, an der auch eine Vertreterin des KOK teilnahm. Das Projekt ist das erste Unterstützungsangebot für Frauen in der Prostitution in Baden und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Sozialministerium Baden-Württembergs gefördert. Der Fachtag wurde von zwei Fachreferaten eingeleitet: „Prostitution und Gesundheit“ von Johanna Körber vom Landesgesundheitsamt Stuttgart und „Prostitution und Gesellschaft“ von Prof. Dr. Renate Kirchhoff von der Evangelischen Hochschule Freiburg. Danach folgten drei Workshops zu den Themen „Zurück zur Zwangsuntersuchung? – Prostitution und Gesundheit“, „Was weißt Du denn von mir? - Prostitution und Gesellschaft“ und „Offenes Europa? - Prostitution und Migration“. Der Tag endete mit der offiziellen Auftaktveranstaltung des Projektes und einem Fachvortrag von Gisela Zohren von der Mitternachtsmission Dortmund. In Deutschland gibt es noch zwei vergleichbare Projekte: Opera in Nürnberg und DIWA in Berlin. Weitere Informationen zu den Ausstiegsprojekten finden sich in der „Rubrik Wissen“ in diesem Newsletter. Wir freuen uns über den Start von P.I.N.K und stehen als KOK von Anfang an als Kontakt und Kooperationspartner zur Verfügung. Wir wünschen P.I.N.K viel Erfolg!

+++ Forderung nach Europäischem Jahr zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen

Das EU-Parlament fordert innerhalb der nächsten fünf Jahre ein „[Europäisches Jahr zur Bekämpfung gegen Gewalt an Frauen](#)“, denn die Zahlen sind erschreckend: Jede vierte Frau im Erwachsenenalter erfährt in Ihrem Leben physische, mehr als jede zehnte Frau sexuelle Gewalt (BMFSFJ 2004). In einer „schriftlichen Erklärung“, ähnlich einer Resolution, die von 369 Abgeordneten unterschrieben werden muss, wird die EU-Kommission aufgefordert, ein solches Jahr zu veranlassen. Ein „**Europäisches Jahr gegen Gewalt an Frauen**“ könne dazu beitragen,

die Brisanz des Themas in den öffentlichen Fokus zu rücken und somit **einen Beitrag zu einer verbesserten Unterstützung von Betroffenen leisten**. Der KOK begrüßt diese Initiative.

+++ Deutsche Initiativen zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen

Ebenso ein **Projekt zum Schutz von Frauen gegen Gewalt** ist das sogenannte [Workplace-Policy](#)-Konzept, bei dem es darum geht, dass Unternehmen sich verpflichten den Auswirkungen häuslicher Gewalt am Arbeitsplatz mit konkreten Schritten zu begegnen. Dieses Konzept, ursprünglich aus Großbritannien, versucht dagegen anzugehen, das Thema der häuslichen Gewalt als rein privates Problem zu betrachten. Die Zahlen sprechen dafür: Schätzungen zufolge sind 20-25% der Arbeitsausfälle von Arbeitnehmerinnen auf häusliche Gewalt zurück zu führen. Insofern berührt es auch die Produktivität von Unternehmen und die Kosten des Gesundheitssystems. Konkret handelt es sich bei der Workplace Policy um Hilfe in Form von Informations-, Aufklärungs-, Hilfs- und Beratungsmöglichkeiten, die Betroffenen am Arbeitsplatz zugänglich gemacht werden. In Deutschland setzt sich besonders Terre des Femmes für die Umsetzung der Workplace Policy ein und konnte schon mehrere Betriebe und Unternehmen für die Idee gewinnen. Darunter auch zwei Berliner Bezirksämter, die Rösch GmbH und Barmer GEK. Laut der [ersten bundesweiten Studie zur Umsetzung der Workplace Policy](#), die Terre des Femmes in Auftrag gegeben hatte, war 80% der ArbeitnehmerInnen das Konzept bekannt, 85% glaubten, dass es hilfreich für Betroffene sei und wieder 80% waren davon überzeugt, dass häusliche Gewalt kein privates Problem sei. Eine weitere Aktion, die Betroffenen Hilfsangebote bietet ist die in Berlin neuangelaufene Kampagne [„Hinter deutschen Wänden“](#). Die Internetseite bietet zahlreiche Kontaktadressen von Frauenhäusern, Zufluchtswohnungen und Beratungsstellen in Berlin und Brandenburg sowie Hotlines für Betroffene im Allgemeinen und Kinder im Speziellen (BIG). Die Kampagne macht hauptsächlich mit Werbeplakaten und Kinospots auf sich aufmerksam.

+++ Fachtagung zum Schutz junger Migrantinnen

Das von der Landesregierung Hessen initiierte Netzwerk gegen Gewalt lud am 29. Oktober zu einer **Fachtagung** zum Thema: [Ehrensache?- Strategien zum Schutz junger Migrantinnen](#) ein. Das Hilfsangebot für Betroffene von „in der Ehre“ begründeter Gewalt sei bekannter geworden, war ein Fazit der Tagung. Gleichzeitig sei aber noch immer nicht zu erfassen, wie viele Frauen von Zwangsverheiratung oder Gewalt in ihren Familien betroffen sind. Die TeilnehmerInnen, die beruflich oder privat mit Mädchen und jungen Frauen zusammen kommen, sollten durch die Fachtagung für „in der Ehre“ begründete Taten sensibilisiert sowie über Strategien zum Schutz junger Migrantinnen vor häuslicher Gewalt informiert werden.

+++ BMFSFJ: Kinderschutz stärken

Am 30.9.2010 kamen Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Bundesfamilienministerin Kristina Schröder und Bundesbildungsministerin Annette Schavan zum zweiten Mal am [Runden Tisch](#) **„Sexueller Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich“** mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Kirche und Gesellschaft sowie der unabhängigen Beauftragten zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs, Dr. Christine Bergmann, zusammen. Frau Bundesministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger berichtete über die in der Unterarbeitsgruppe „Opferschutz im Ermittlungs- und Strafverfahren“ erarbeiteten Vorschläge. Unter anderem „empfiehlt die Unterarbeitsgruppe Gesetzesänderungen mit dem Ziel, Mehrfachvernehmungen der Opferzeugen durch den verstärkten Einsatz richterlicher Videovernehmung im Ermittlungsverfahren möglichst zu vermeiden, stärker als bisher Anklagen mit dem Tatvorwurf der Begehung von Sexualdelikten unmittelbar zum Landgericht als dann einziger Tatsacheninstanz zu ermöglichen und die Bestellung des Opferanwalts auf Staatskosten

für Opfer von Sexualdelikten weiter zu erleichtern“. Frau Leutheusser-Schnarrenberger kündigte an, auf der Basis des Berichts der Unterarbeitsgruppe einen Gesetzentwurf zur Stärkung der Opferrechte vorzulegen ([Protokoll](#) der zweiten Sitzung am 30.09.2010).

+++ Hotline für Opfer von Kindesmissbrauch

Die [Kampagne „Sprechen Hilft“](#), die von der unabhängigen Beauftragten zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs, Dr. Christine Bergmann initiiert worden ist, will das Thema des sexuellen Kindesmissbrauchs mehr in den Fokus der Öffentlichkeit rücken. Der Slogan der **Kampagne „Wer das Schweigen bricht, bricht die Macht der Täter“** versucht mit Flyern, Fernsehspots, Plakaten, Postkarten, Anzeigen und seit Mai 2010 mit einer Hotline, Opfer zu erreichen. Unter der Nummer **0800-22 55 530** können sich Betroffene von Missbrauch melden, um über den Missbrauch und ihre Erfahrungen zu sprechen. Am 30. September 2010 stellte die unabhängige Beauftragte ihren [Zwischenbericht](#) zur Kampagne auf der 2. Sitzung des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich“ vor. Dem Zwischenbericht zur Folge „haben die Unabhängige Beauftragte bis zum Start der Kampagne 2500 Anrufe und Briefe erreicht, seit Start der Kampagne am 21.09.2010 sind weitere 1450 Anrufe und über 350 Briefe eingegangen. Bei 80% der Betroffenen liegt der Missbrauch mindestens 20 Jahre zurück. Diejenigen, die sich bereits an jemanden gewendet hatten, berichten vielfach, dass ihnen nicht geglaubt wurde oder dass sie sogar Sanktionen erleiden mussten. Fast alle bestätigen, wie wichtig es sei, dass das Thema in der Öffentlichkeit wahrgenommen und dass das ihnen widerfahrene Unrecht als solches anerkannt werde. Noch vor der Forderung nach Verlängerung bzw. Abschaffung der Verjährungsfristen und Entschädigung stehe bei den Betroffenen die Forderung nach einem umfassenden Ausbau der Beratungs- und Therapieangebote. Es fehle vor allem an speziellen Angeboten für Jungen und Männer, sowie an Angeboten in ländlichen Gebieten“ ([Protokoll](#) der zweiten Sitzung am 30.09.2010).

+++ „Zugang für alle“ – Ein neues Projekt des bff ab Oktober 2010

Der [Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe](#) (bff) hat das **Projekt „Zugang für Alle!“** ins Leben gerufen. Mit diesem Projekt setzt sich der bff mit Unterstützung der Auerbachstiftung dafür ein, dass von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen mit Behinderung einen **barrierefreien Zugang zu Beratung und Unterstützung** erhalten. Um dieses Ziel zu erreichen sollen verschiedene Aktionen und Maßnahmen durchgeführt werden. Unter anderem sollen Materialien erstellt werden, die betroffene Frauen über Hilfsangebote informieren (Flyer und Websites in einfacher Sprache, Informationen in Brailleschrift, sprachunterstützte Websites etc.). Weiterhin sollen im Rahmen des Projektes Fortbildungen für MitarbeiterInnen organisiert, Handlungsanleitungen für barrierefreie Beratungen entwickelt sowie Kooperationen und Vernetzungen zwischen den Beratungsstellen gefördert werden.

B. VERÖFFENTLICHUNGEN DES KOK

+++ Pressemitteilung des KOK zum 4. EU-weiten Tag gegen Menschenhandel

Am 18.10.2010 jährte sich zum vierten Mal der **EU-weite Aktionstag gegen Menschenhandel**. Der KOK begrüßt diese gemeinsame Initiative des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission und nutzte diese zur Veröffentlichung einer **Pressemitteilung**:

„Ziel des EU-weiten Aktionstages gegen Menschenhandel ist es, jährlich am 18. Oktober in den EU-Mitgliedstaaten Aktionen gegen Menschenhandel durchzuführen. Der belgische EU-

Ratsvorsitz wird am 18. Oktober mit der politisch hochrangigen Konferenz „Towards a Multidisciplinary Approach to Prevention of Trafficking in Human Beings, Prosecution of Traffickers and Protection of Victims“ diesem Ereignis Rechnung tragen. Barbara Erritt, Vorstandsmitglied des Bundesweiten Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess (KOK) äußert sich zu dem EU-weiten Aktionstag wie folgt: „Als Fachberatungsstellen bieten wir seit Jahrzehnten für die Betroffenen des Menschenhandels Beratung, Unterstützung und Schutz an. Seit nunmehr 11 Jahren koordinieren wir unsere Arbeit bundesweit durch den KOK. Durch Sprachmittlerinnen und aufsuchende Sozialarbeit versuchen wir, die Betroffenen des Menschenhandels an den Orten zu erreichen, an denen sie ausgebeutet werden: in der Haushaltsarbeit und der Prostitution, aber auch im gastronomischen Sektor und anderen Wirtschaftszweigen.“ Seit 2005 gilt auch in der Bundesrepublik Deutschland eine erweiterte strafrechtliche Regelung von Menschenhandel. Demnach werden nicht nur - wie bis dato - Zwangsarbeit und Ausbeutungsverhältnisse in der Prostitution, sondern in allen Arbeitsbereichen strafrechtlich verfolgt. Der KOK unterstützt Verbände und Behörden, um diese Erweiterung auch in die Praxis umzusetzen und die Rechte der Betroffenen nachhaltig zu stärken. Der KOK führt in diesem Zusammenhang derzeit eine bundesweite Studie durch, die vom Bundesarbeitsministerium in Auftrag gegeben wurde und die Entwicklung tragfähiger Unterstützungsstrukturen für die Betroffenen von Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung zum Ziel hat. „Der EU-weite Tag gegen Menschenhandel sollte uns ermutigen, alle Aktionen gegen Menschenhandel daran zu messen, ob sie die Betroffenen des Menschenhandels und der Arbeitsausbeutung direkt erreichen. Dazu müssen die alltägliche Beratungsarbeit an der Basis gestärkt und die politische Aufmerksamkeit und finanzielle Unterstützung dorthin gerichtet werden, wo ausgebeutete und gehandelte Menschen unsere Beratung und Unterstützung benötigen“, so Barbara Erritt.“

Des Weiteren veröffentlichte der KOK mehrere **Stellungnahmen**. Diese sind sehr komplex und würden den Rahmen des Newsletters sprengen. Alle Stellungnahmen sind aber auch auf der KOK-Webseite zu finden und können auch dort heruntergeladen werden. Die Möglichkeit, zu aktuellen und für den KOK und dessen Mitgliedesorganisationen relevanten Themen Stellung zu nehmen, begrüßen wir sehr. Eine kurze Einführung in die Stellungnahmen sowie Verweise auf die Stellungnahmen finden Sie im Folgenden:

[+++ KOK-Stellungnahme zu dem Gesetzesentwurf zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union und zur Anpassung nationaler Rechtsvorschriften an den EU-Visakodex sowie zu dem zweiten Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union und zur Anpassung nationaler Rechtsvorschriften an den EU-Visakodex](#)

Der KOK wurde am 17.09.2010 vom Bundesministerium des Innern (BMI) im Rahmen der Verbandsbeteiligung um **Stellungnahme zu dem Gesetzesentwurf zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union und zur Anpassung nationaler Rechtsvorschriften an den EU-Visakodex** bis zum 20.10.2010 aufgefordert. Diese [Stellungnahme](#) kann auf der Homepage des KOK abgerufen werden. Der KOK setzte sich im Rahmen einer ersten Stellungnahme und Kommentierung vom 19.10.2010 in erster Linie mit der Umsetzung der Sanktionsrichtlinie sowie der Rückführungsrichtlinie in das nationale Gesetz auseinander und stellte die Probleme und Empfehlungen aus Sicht der Praxis dar. Zu dem darauffolgenden zweiten Gesetzesentwurf vom 28.10.2010 des BMI hat der KOK e.V. erneut Stellung genommen. Diese zweite [Stellungnahme](#) versteht sich als Ergänzung zu der ersten, ausführlichen Stellungnahme des KOK und auch sie kann online eingesehen werden.

+++ KOK-Stellungnahme zur Ratifizierung des Übereinkommens des Europarates zur Bekämpfung des Menschenhandels

Der KOK wurde am 15.7.2010 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zu einer **Stellungnahme bezüglich der Ratifizierung des Übereinkommens des Europarates zur Bekämpfung des Menschenhandels** vom 16.5.2005, SEV 197, durch die Bundesregierung aufgefordert. Die [Stellungnahme](#) kann auf der KOK-Webseite eingesehen werden.

+++ KOK-Stellungnahme zu dem Entwurf einer Indikatorenliste für Datensammlung im Bereich Menschenhandel

Der KOK e.V. wurde am 07.07.2010 vom BMFSFJ gebeten, eine **Indikatorenliste für Datenerhebung im Bereich Menschenhandel**, die im Rahmen des Treffens des EU-Netzwerkes nationaler Berichtererstatterstellen und vergleichbarer Mechanismen vom 02.06.2010 in Brüssel als Tischvorlage vorgestellt wurde, aus Sicht der Fachberatungsstellen für Betroffene von Frauenhandel zu kommentieren. Die [Kommentierung](#) der Tischvorlage zu Indikatoren zur Datensammlung kann auf der Webseite des KOK eingesehen werden.

+++ KOK-Stellungnahme Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Effektivität des Strafverfahrens

In Zusammenarbeit haben der KOK e.V., der bff, BIG e.V. sowie die Frauenhauskoordinierung zu dem **Entwurf für das Gesetz zur Verbesserung der Effektivität des Strafverfahrens** eine Stellungnahme verfasst. Der Entwurf für das Gesetz zur Verbesserung der Effektivität des Strafverfahrens hat das Ziel, vor dem Hintergrund der Begrenztheit der Ressourcen der Justiz, das Strafverfahren zu beschleunigen und zu straffen. Die [Stellungnahme](#) kann auf der Webseite des KOK eingesehen werden.

C. KOK-INTERNE VERANSTALTUNGEN

+++ Vernetzungstreffen des KOK

Vom 03.11 bis 05.11. 2010 fand das **diesjährige Vernetzungstreffen des KOK** in Kassel statt. Eingeladen waren Vertreterinnen der KOK-Mitgliedsorganisationen sowie Vertreterinnen anderer europäischer, deutschsprachiger Beratungsstellen. Als Einstieg in das Vernetzungstreffen fand ein Austausch zu der Arbeit in den Beratungsstellen statt. Für das diesjährige Vernetzungstreffen waren zwei Themenblöcke maßgeblich: zum Einen war der Anwendungsbereich des Rechtsdienstleistungsgesetzes Thema, welches durch die Unterstützung eines Juristen (Herr Bethäuser, Anwalt für Ausländer- und Asylrecht und Fachanwalt für Arbeitsrecht) zu einem kompetenten Austausch über die Befugnis zur Erbringung von Rechtsdienstleistungen sowie über Haftungsrisiken gestaltet wurde. Zum Anderen war Hauptthema des Vernetzungstreffens der „Umgang mit minderjährigen Betroffenen von Menschenhandel“. Die Erfahrungen zeigen, dass immer mehr deutsche Minderjährige und Minderjährige mit Migrationshintergrund zur Klientel der Fachberatungsstellen gehören, wobei es zu Fragen der Zuständigkeiten, unterschiedlichen Problemen mit Behörden, Jugendeinrichtungen und Gerichten kommt. Auch zu diesem Thema war eine Referentin (Frau Mazyliis, Juristin) geladen, die einen Vortrag zur „Darstellung von Rechtsinstrumenten zum Umgang mit minderjährigen Betroffenen von Menschenhandel“ hielt und anschließend mit den Teilnehmerinnen zum Thema diskutierte. Insgesamt bot das Vernetzungstreffen Zeit und Raum für die Fortbildung und Information sowie den Austausch zwischen dem KOK und seinen Mitgliedsorganisationen sowie für die Vertreterinnen der Mitgliedsorganisationen untereinander.

+++ Mitgliederversammlung des KOK

Am 01.10.2010 fand die **3. Mitgliederversammlung des KOK e.V.** im Haus der Caritas in Berlin statt. Neben dem Sachstandsbericht der Geschäftsstelle gab es einen Austausch zum Thema Sparmaßnahmen der Bundesregierung und deren Auswirkungen auf die Arbeit der Fachberatungsstellen. Fazit war, dass bisher noch nicht alle Fachberatungsstellen direkt von Kürzungen betroffen sind, aber die seit Jahren auf einem Niveau „eingefrorene“ Finanzierung neben den vielleicht zukünftigen Sparmaßnahmen, zunehmend die Arbeit der Beratungsstellen äußerst schwierig macht. Der KOK e.V. wird hierzu in Kürze ein Diskussionspapier veröffentlichen, um auf die derzeitige Lage deutlich aufmerksam zu machen. Bärbel Uhl konnte die Mitgliederversammlung mit Neuigkeiten aus der EU bereichern und stellte zugleich den aktuellen Stand des Projektes Rights Work Initiative vor. Über diese gemeinsame Initiative des KOK e.V. und der University of Washington College of Law ist in der Rubrik „Neuigkeiten“ ein ausführlicher Artikel zu finden.

D. VERANSTALTUNGEN

+++ 21.-22.01.2011: Workshop: **Diagnose und Differentialdiagnose dissoziativer und anderer traumabezogener Störungen, Dresden, Klinik am Waldschlößchen GmbH, Sudhausweg 6, 01099 Dresden.**

Komplexe Psychotraumafolgestörungen, wie chronische dissoziative Erkrankungen sind trotz ihrer Aufnahme in die Diagnosemanuale (DSM IV, ICD-10) immer noch umstritten und werden häufig nicht oder fehldiagnostiziert. PsychotherapeutInnen sind oft zu wenig in der Diagnosestellung und Behandlung dissoziativer Störungen ausgebildet und die PatientInnen zeigen ihre dissoziativen Symptome nicht spontan, sondern versuchen diese zu verbergen. Die Folge sind Fehlbehandlungen und lange Jahre der Therapie mit großem Leid, enormen Kosten unter verschiedenen Diagnosen, ohne eine effektive Behandlung der Grunderkrankung. Suzette Boon (PhD, Therapeutin auf dem Gebiet der komplexen Psycho-traumafolgestörungen) wird in dem ersten **Seminar** einen Überblick über Dissoziative Erkrankungen und andere Traumafolgestörungen geben. Sie wird die Diagnostik und Differentialdiagnosen erläutern und verschiedene Screening-Instrumente und Diagnose-Interviews vorstellen. Eigene Fallbeispiele der TeilnehmerInnen sind willkommen. Die Teilnahmegebühr für ein Wochenende beträgt 295 Euro. Weitere Termine finden sich auf der Webseite. Anmeldung bei: Aline Händler, Telefon: 0351/ 658 777 26, Telefax: 0351/ 658 777 20, E-Mail: a.haendler@klinik-waldschloesschen.de

+++ 04.-05.02.2011: Workshop: **„Spezifische Folgen ritueller Gewalt und Ausstiegsbegleitung“, Dresden, Klinik am Waldschlößchen GmbH, Sudhausweg 6, 01099 Dresden.**

Betroffene von ritueller Gewalt oder organisierter sexualisierter Kriminalität entwickeln in den meisten Fällen eine dissoziative Identitätsstörung. Die Behandlung dieser Störung ist sehr schwierig und verkompliziert sich noch, wenn es sich um einen rituellen Gewalthintergrund handelt und noch Kontakt zum Täter besteht. Frau Dipl.-Psych. C. Fliß wird in diesem zweiten **Seminar** in Dresden ihre Erfahrungen mit der Deprogrammierung zur Ausstiegsbegleitung darlegen und viel Gelegenheit zum Üben verschiedener Techniken geben. Es wird ausreichend Zeit sein für Fallvorstellungen und Supervision. Das Seminar richtet sich an ärztliche und psychologische Traumatherapeuten. Die Teilnahmegebühr beträgt 230 € Anmeldeschluss ist der 20.01.2011. Anmeldung bei: Aline Händler, Telefon: 0351/ 658 777 26 , E-Mail: a.haendler@klinik-waldschloesschen.de

+++ 29.01.2011: Hurenball – Hydra feiert 30jähriges Jubiläum

Als **Abschluss des Jubiläumjahres** anlässlich des dreißigjährigen Bestehens veranstaltet **Hydra** einen Jubiläumsball in einer passenden Location, die aber noch nicht verraten wird. Die Einladung und weitere Details folgen Anfang Januar.

+++ Teilnahme des KOK an der Jahresfachtagung des bufas e.V.

Vom 08.-10.10.10 fand in Hannover die **Jahresfachtagung** des ‚Bündnisses der Fachberatungsstellen für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter e.V.‘ (bufas) statt, an welcher auch der KOK vertreten war. Der bufas e.V. wurde im Jahr 2010 als Verein eingetragen und setzt sich u.a. für die dauerhafte Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern, für die rechtliche und soziale Gleichstellung von Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern mit anderen Erwerbstätigen, für die Gleichstellung der Sexarbeit mit anderen Erwerbstätigkeiten sowie für die Entkriminalisierung der Sexarbeit und Entstigmatisierung der Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter ein. Dem bufas sind aktuell bundesweit 12 Fachberatungsstellen angeschlossen. Ziel der Jahresfachtagung war der intensive Austausch der Beratungsstellen zu unterschiedlichen Problemfeldern in der Beratungs- und Sozialarbeit. Neben Vorträgen, wie z.B. zu rumänischen und bulgarischen Männern in der Prostitution wurden auch die Modellprojekte vorgestellt, die Frauen aus dem Milieu einen Ausstieg ermöglichen und ihnen zu einem Leben zurück in der Gesellschaft verhelfen sollen. Es gibt derzeit drei dieser Modellprojekte bundesweit, die vom BMFSFJ initiiert worden sind. Zu diesen Projekten sind ausführliche Informationen unter der Rubrik „Wissen“ zusammengefasst. In Arbeitsgruppen hatten die TeilnehmerInnen dann die Möglichkeit, sich zu Rechtsgrundlagen, internationalen Kooperationsbeziehungen oder auch Beschaffungsprostitution auszutauschen. Schlusslicht des Tagesprogramms bildete das Abendprogramm: die Teilnehmenden bekamen unter Begleitung einer Streetworkerin einen Einblick in das Milieu Hannovers.

+++ Teilnahme des KOK an der Podiums- und Publikumsdiskussion „Ware Frau - Ware Mensch. Neue und alte Formen des Menschenhandels“

Am 24. September 2010 fand ein **Podiums- und Publikumsgespräch zum Thema „Ware Frau – Ware Mensch. Neue und alte Formen des Menschenhandels“** in Hamburg statt. Veranstaltet wurde dieser Austausch zum Thema Menschenhandel von der SPD Altona. Ziel der Veranstaltung sollte sein, Maßnahmen gegen Menschenhandel zu entwickeln, die die Menschenrechte in den Mittelpunkt stellen. Für die Podiumsdiskussion geladen waren die Bürgerschaftsabgeordnete Gabriele Dobusch (Mitglied der Ostseeparlamentarierkonferenz für das Thema Menschenhandel), Knut Fleckenstein (Mitglied des EU-Parlaments), Marta Bociek (Arbeitsgruppe Menschenhandel des Ostseerates) und Ulrike Gatzke (Vorstand KOK e.V./ Vorstand KOOFRA Hamburg). Ulrike Gatzke konnte zu der Veranstaltung aktuelle Informationen über die Arbeit des KOK auf Bundesebene sowie Erfahrungen aus der Beratungsarbeit der Hamburger Beratungsstelle KOOFRA einbringen.

+++ Teilnahme des KOK an der internationalen Konferenz „Monitoring Mechanisms in the Fight against Human Trafficking“

Vom 14. bis 15. Oktober 2010 fand in den Niederlanden die **internationale Konferenz „Monitoring Mechanisms in the Fight against Human Trafficking“** statt, an welcher auch eine Vertreterin des KOK teilnahm. Die Konferenz hatte zum Ziel, einen Austausch über die existierenden europäischen Berichterstattermechanismen zu ermöglichen und einen Bedarf für zukünftige institutionelle Stellen in EU-Mitgliedstaaten zu identifizieren. Anlass des Treffens war das 10-jährige Bestehen der unabhängigen holländischen Berichterstatterstelle. TeilnehmerInnen der Konferenz waren neben den existierenden Berichterstatterstellen oder ähnlichen Mechanismen auch Sachverständige der EU, der UN, der internationalen Organisationen und

NGOs. Den Auftakt bot die Schauspielerin Emma Thompson zusammen mit der Leiterin der Helen Barber Foundation und dem Bürgermeister von Den Haag, welche die Installation „The Journey“ in der Haager Innenstadt eröffneten. Anschließend wurden in einem informellen Rahmen und kleinen Arbeitsgruppen die verschiedenen Dimensionen von Monitoring im Bereich des Menschenhandels diskutiert. Am 2. Tag fand der formelle Teil der Konferenz statt: Im Gebäude der 2. Kammer des niederländischen Parlaments wurden vor allem reflektierend auf das 10-jährige Bestehen, Präsentationen gehalten, die in zwei Blöcke aufgeteilt waren: Menschenrechte und Strafverfolgung. Neben Lou DeBaca (Botschafter des US Office to Monitor and Combat Trafficking in Persons) und Steve Harvey (Europol) die vor allem auf die Strafverfolgung eingingen, beleuchtete Rebecca Surtees (Nexus Institut) die Schutzbedürftigkeit der Opfer.

+++ Fraktionsgespräch mit der FDP am 17.09.10

Am 17.09.10 fand im Jakob-Kaiser-Haus in Berlin ein **fraktionsinternes Fachgespräch mit der FDP über Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung** statt, zu dem Nina Musmann, Geschäftsführerin des KOK, Barbara Eritt von der Fachberatungsstelle InVia und Regina Kalthegener, Rechtsanwältin, als Fachexpertinnen eingeladen wurden. Inhalt des Gespräches war der Austausch mit dem Gesetzgeber zu bestehenden Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Mittels von Beispielen aus der Praxis wurde dabei Verbesserungsbedarf bei der effektiven Bekämpfung des Menschenhandels und im adäquaten Umgang mit aussagebereiten Betroffenen aufgezeigt und diskutiert.

E. GESETZLICHE NEUERUNGEN

+++ Vergnügungssteuer für Prostituierte und Prostitutionsbetriebe

In einigen deutschen Städten – vor allem in NRW – ist eine **kommunale Aufwandssteuer für Prostituierte** eingeführt worden. Steuergegenstand sind „im Stadtgebiet veranstaltete Vergnügungen“ sexueller Art. Die Steuer wird von Produktionsbetrieben erhoben, die „gezielt Gelegenheit zu sexuellen Vergnügungen“ einräumen oder muss von SexarbeiterInnen entrichtet werden, die „sexuelle Handlungen gegen Entgelt“ außerhalb solcher Betriebe anbieten. Für "die gezielte Einräumung der Gelegenheit zu sexuellen Vergnügungen in Bars, Sauna-, FKK- und Swingerclubs oder Kraftfahrzeugen" wurde seit dem 1.1.2004 zunächst in Köln diese Pauschalsteuer für Prostituierte von 150 Euro erhoben und seit dem 1.8.2010 hat nun auch Dortmund die Besteuerung der Prostituierten eingeführt. Die Prostituierten sollen die Steuer zahlen und, so die Idee der Stadt, an die Freier weitergeben. Jedoch wird berichtet, dass die beschlossene Vergnügungssteuer nicht die Freier, die ja als Adressaten der Steuer gedacht sind, sondern die Anbieterinnen von sexuellen Handlungen träge. „Das oft eingebrachte Argument, die Vergnügungssteuer könne auf die Kunden abgewälzt werden, ist schon deshalb fraglich, weil Vergnügungssteuer unabhängig von der Zahl der Kunden festgelegt wird. Eine Erhöhung des Honorars wäre gegenüber den Kunden auch nicht durchzusetzen. Die Preise für sexuelle Dienstleistungen stagnieren seit Jahren oder fallen sogar, während die Kosten ständig gestiegen sind. Viele Frauen sind gezwungen, die Zahl der Kunden zu steigern oder risikoreiche Sexpraktiken anzubieten, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Zusätzliche Steuern verschärfen diese Situation“ (Stellungnahme zur Vergnügungssteuer für Prostituierte und Prostitutionsbetriebe der Landesarbeitsgemeinschaft Recht/Prostitution NRW). Weiterhin wurde festgestellt, dass SexarbeiterInnen versuchten, sich dieser Steuer durch das Ausweichen an andere Plätze oder in andere Städte zu entziehen. „Es entsteht der Eindruck, dass allein von Interesse ist,

die Prostitution fiskalisch so weit wie möglich abzuschöpfen, nicht aber die Situation der darin Beschäftigten zu verbessern“ (ebd.). Der KOK wird dieses Thema weiter verfolgen.

F. INFORMATIONSMATERIAL UND PUBLIKATIONEN

+++ Neuerscheinung: „Kindeswohl oder Ausgrenzung? Flüchtlingskinder in Deutschland nach Rücknahme der Vorbehalte“

Die UN-Kinderrechtskonvention ist in Deutschland seit vielen Jahren geltendes Recht. Nach der Rücknahme der Vorbehaltserklärung ziehen die Autoren des Bandes, Heiko Kauffmann und Albert Riedelsheimer, eine Bilanz. Sie dokumentieren die unternommenen Anstrengungen zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingskindern und skizzieren die noch zu überwindenden Barrieren. In diesem Buch geht es um die politischen, rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen sowie nationale und internationale Entwicklungen im Umgang mit Flüchtlingskindern (Vorschau, von Loeper Literaturverlag). Das Buch kann [online bestellt](#) werden.

+++ Neuerscheinung: „Große Armut, großer Reichtum – Zur Transnationalisierung sozialer Ungleichheit“

Im Oktober 2010 veröffentlichte Ulrich Beck als Herausgeber im Suhrkamp-Verlag den Sammelband „Große Armut, großer Reichtum – Zur Transnationalisierung sozialer Ungleichheit“. Der Reader soll einen detaillierten Einblick in theoretische Konzepte und empirische Studien zu transnationaler sozialer Ungleichheit geben, wobei der Fokus besonders auf der Problematik liegt, die die nationalstaatlich begrenzte Perspektive der reichen Industrienationen hervorruft und die MigrantInnen aus ärmeren Ländern die soziale Teilhabe und Verwirklichung von Menschenrechten verweigert. Die Texte in dem Buch wurden verfasst von Ulrich Beck, Manuel Castells, David Held, Leslie Sklair, Saskia Sassen, Immanuel Wallerstein und vielen anderen. Das Buch kann über den [Suhrkamp-Verlag](#) erworben werden.

+++ Neuerscheinung: „Praxis der interkulturellen Psychiatrie und Psychotherapie Migration und psychische Gesundheit“

Im November 2010 ist das Buch „Praxis der interkulturellen Psychiatrie und Psychotherapie Migration und psychische Gesundheit“ von Prof. Dr. Wielant Machleidt und Prof. Dr. Andreas Heinz im Elsevier Urban & Fischer-Verlag erschienen. Das Buch ist ein praxisrelevantes Buch für Therapeuten, die Menschen mit Migrationshintergrund behandeln. Es ist als Nachschlagewerk und Ratgeber gedacht, um die Behandlung den spezifischen Besonderheiten und Bedürfnissen anzupassen. Es geht vor allem um die „Bedeutung psychischer Symptome in den Herkunftsländern und psychischer Probleme durch die Migration, der sprachlichen Verständigung, der optimalen Therapieform, der besten ambulanten/stationären Behandlungsstrategie, der Netzwerke und Anlaufstellen, der Beispiele der „Good Practice“ usw.“ (Kurztext über das Buch). Im Mittelpunkt des Buches stehen vor allem konkrete Behandlungs- und Versorgungsstrategien für die betroffenen MigrantInnen aus den Mittelmeerstaaten, der Türkei, Ost- und Südeuropa und den GUS-Staaten. Der KOK freut sich sehr darüber, dass Katarzyna Zentner von Kobra, einer Mitgliedsorganisation des KOK, das Kapitel 26 mit dem Titel „Modern Slavery – Osteuropäische Frauen als Opfer von Menschenhandel“ in dem Buch verfasst hat. Das Kapitel befasst sich mit den Opfern von Menschenhandel und deren Gesundheit. Das Buch kann bei [Lehmanns Fachbuchhandlung](#) erworben werden.

+++ Neuerscheinung: Die Hälfte des Himmels. Wie Frauen für eine bessere Zukunft kämpfen

Vor einem Jahr erschien das Buch von Nicholas D. Kristof und Sheryl WuDunn in den USA, seit September 2010 ist es nun auch auf Deutsch erhältlich. Die Reportagen der beiden Pulitzer-Preisträger zeigen auf, dass sich die häufigsten Menschenrechtsverletzungen unserer Zeit gegen Mädchen und Frauen richten und hat zahlreiche prominente Fürsprecher, um Augen und Ohren für das Thema Gewalt gegen Kinder und Frauen zu öffnen. Diese Lektüre bietet ein „brillantes Plädoyer für eine weltweite Förderung der Frauen, ihrer Gesundheit und Autonomie“ (publishers weekly)

+++ Neuerscheinung: „Strafbarkeit des Menschenhandels im Lichte internationaler und europarechtlicher Rechtsakte“

Im Oktober 2010 veröffentlichte Dr. Sarah Zimmermann im Nomos-Verlag ihr Buch „Strafbarkeit des Menschenhandels im Lichte internationaler und europarechtlicher Rechtsakte“, das als Band 38 in die Reihe „Giessener Schriften zum Strafrecht und zur Kriminologie“ eingegliedert ist. Die Autorin geht der Frage nach, „ob sich auf der Basis internationaler und europarechtlicher Rechtsakte ein einheitliches Anforderungsprofil der Menschenhandelsstrafbarkeit herausgebildet hat und inwieweit das deutsche Recht in diesem Bereich harmonisiert ist“ (Kurztext über das Buch). Es werden Gründe für die Ausweitung des Menschenhandels sowie die Probleme, die die Strafverfolgung der Täter in der Praxis erschweren, analysiert. Im Mittelpunkt der Analyse steht die sogenannte Opferschutzrichtlinie. Das Buch kann über den [Nomos-Verlag](#) erworben werden.

+++ Neuerscheinung: „Migrantinnenorganisationen in Deutschland“

Die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in Auftrag gegebene [Studie zu Migrantinnenorganisationen in Deutschland](#) wurde am 16.11.2010 veröffentlicht. Das Ziel der Studie war es, eine Wissenslücke in Bezug auf zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse und Selbstorganisationen von Migrantinnen zu schließen und dem Umstand Rechnung zu tragen, dass „Migrantinnen und ihre Selbstorganisationen selbst am besten Auskunft geben können, wo sie Handlungsbedarfe und –defizite im Hinblick auf ihre gesellschaftliche und politische Teilhabe sehen“ (Bundesfamilienministerin Kristina Schröder). Die Studie arbeitet verschiedene Arten dieser Selbstorganisationen heraus: Bildungsorientierte, politisch orientierte, professionell arbeitende und freizeitorientierte Selbstorganisationen. Darüber hinaus gibt sie Auskunft über Strukturen, Aufgaben sowie die Mitglieder der Organisationen. Aus den Ergebnissen geht hervor, „dass Migrantinnenorganisationen häufig Selbsthilfe zur Überwindung benachteiligender Strukturen leisten und eine Brückenfunktion zur Mehrheitsgesellschaft erfüllen“ (Beschreibung der Studie, Website BMFSFJ).

Mit einer Spende unterstützen Sie die Kontinuität unseres Kampfes für die Rechte und Unterstützung für von Menschenhandel und Gewalt betroffene Frauen.

Jede Spende hilft!

Spendenkonto:
Evangelische
Darlehensgenossenschaft eG
Konto Nr.: 791 296
BLZ.: 210 602 37

Der KOK ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein und stellt Spendenbescheinigungen aus.

RUBRIK WISSEN

+++ BMFSFJ-Modellprojekt zur Unterstützung des Ausstiegs aus der Prostitution hat an drei Standorten die Arbeit aufgenommen

In der Rubrik Wissen berichtet der KOK diesmal von einem **Modellprojekt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**. Dieses Modellprojekt mit dem Titel „Unterstützung des Ausstiegs aus der Prostitution“ erprobt mit finanzieller Förderung des BMFSFJ neue Wege, wie Frauen beim Ausstieg aus der Prostitution unterstützt werden können. In drei selbständigen Teilprojekten erhalten Frauen, die aus der Prostitution aussteigen wollen, individuell und kontinuierlich Beratung und Unterstützung mit dem Ziel, ihnen dadurch eine realistische und nachhaltige Perspektive zum eigenverantwortlichen Erwerb ihres Lebensunterhalts außerhalb der Prostitution zu eröffnen. Hindernisse, die einer Erwerbstätigkeit außerhalb der Prostitution und einer Integration in den regulären Arbeitsmarkt entgegenstehen, sollen durch berufliche Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen und Vermittlung von weiteren Hilfen je nach individueller Situation, z.B. Hilfe zur Schuldenregulierung oder bei gesundheitlichen Problemen, abgebaut werden. An den Standorten der drei ausgewählten Teilprojekte sollen hierzu systematische und verlässliche Kooperationsformen zwischen den Projektträgern und relevanten Partnern vor Ort wie Aus- und Weiterbildungsträgern, Arbeitgebern, ARGEn und sonstigen Behörden aufgebaut werden. Mit Förderbeginn in Berlin am 1.9.2010 stehen nun alle drei selbständigen Teilprojekte des Modellprojekts fest.

Für das Berliner Teilprojekt **DIWA** beginnt jetzt zunächst die Aufbauphase. Projektträger ist dort ein Kooperationsbündnis aus dem Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger Goldnetz e.V., Goldtausch e.V. KONTOUR und der Prostituiertenberatungsstelle Hydra e.V. Bis zum Beginn der Beratungsarbeit wird es dort noch einige Zeit dauern.

Im Projekt **OPERA** in Nürnberg (Träger: Cassandra e.V.) sowie im Projekt P.I.N.K. in Freiburg und der Region Baden (Träger: Diakonie Freiburg i.Br. / Diakonie Ortenaukreis) hat der Projektaufbau bereits Ende 2009 begonnen; beide Projekte stoßen in der Region auf großes Interesse. Im Projekt OPERA in Nürnberg sind die Beratungsarbeit und die ersten Kurse erfolgreich angelaufen.

Für das Projekt **P.I.N.K.** (Prostitution – Integration – Neustart – Know-How) ist mit einem Fachtag am 22.10.2010 in Freiburg der offizielle Startschuss für die Arbeit mit den Klientinnen gefallen. Das Projekt ist das erste Unterstützungsangebot für Frauen in der Prostitution in Baden und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Sozialministerium für Baden-Württemberg gefördert. Das Ziel von P.I.N.K. ist es, Frauen die Möglichkeit einer gezielten und individuellen Unterstützung und Begleitung bei einem Ausstieg aus der Prostitution zu ermöglichen, aber auch Frauen zu unterstützen und zu begleiten, die weiterhin einer Tätigkeit im Prostitutionsmilieu nachgehen. Wichtig ist hierbei der Ansatz, Frauen, die der Prostitution nachgehen, aus ihrer Position am Rande der Gesellschaft, die sie aufgrund ihrer Tätigkeit herabsetzt und ausgrenzt, herauszuholen und ihnen die Möglichkeit einer Integration in den sogenannten regulären Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Dabei setzt das Projekt besonders auf die berufliche Biographie der Frauen, auf ihr im Laufe ihres Lebens erworbenes Wissen und Können.

Das Gesamtprojekt soll wissenschaftlich begleitet werden. Hierzu soll Anfang 2011 eine öffentliche Ausschreibung erfolgen.

Mit dem Modellprojekt knüpft das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend an den Bericht der Bundesregierung zu den Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes an. Dort hatte die Bundesregierung zugesagt zu prüfen, wie der Ausstieg aus der Prostitution durch Ausstiegshilfen und Ausstiegsprogramme besser unterstützt werden kann und wie der Zugang zu Qualifizierungs- und Förderungsmaßnahmen flexibler gestaltet werden kann.

Die Internetauftritte der Teilprojekte befinden sich zurzeit noch im Aufbau; erste Informationen und Kontaktdaten können abgerufen werden unter:

<http://www.kassandra-nbg.de/index.php?id=30>

<http://www.pink-baden.de>

<http://www.goldnetz-berlin.org>

KOK - Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess e.V.
 Kurfürstenstr. 33
 10785 Berlin, Germany
 Tel.: 030 / 263 911 76 Fax: 030 / 263 91186
 e-mail: info@kok-buero.de Internet: www.kok-buero.de

Geschäftszeiten: Montag – Donnerstag von 10:00 - 13:00 Uhr

Die Arbeit des KOK wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)